



Liese Kurier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Mittelständische heimische Landwirte fördern und bei Großagrarbetrieben kürzen

Kürzungen dürfen mittelständische Betriebe in unserer Region nicht betreffen

Die Europäische Kommission hat ihre Reformpläne für die zukünftige EU-Landwirtschaftspolitik vorgestellt und unter anderem detaillierte Haushaltsvorschläge für den Agrarbereich präsentiert. Peter Liese begrüßt vor allem, dass die Kommission eine Deckelung der Förderung der Großbetriebe vorschlägt. Es ist aus seiner Sicht unverantwortlich, dass, wenn das Geld knapper wird, große Kapitalgesellschaften durch EU-Agrarförderung ihre Rendite garantiert bekommen. Die Unterstützung ist für die mittelständischen bäuerlichen Betriebe, die in unserer Region die ganz große Mehrheit ausmachen, viel notwendiger. Es gilt das Gesetz der fallenden Stückkosten. Großbetriebe können pro Hektar sehr viel wirtschaftlicher arbeiten. Daher wird Peter Liese dieses Element des Kommissionsvorschlages nachdrücklich unterstützen.



Bericht Seite 2

Wirtschaftsfördermittel der EU für Südwestfalen weiter möglich

Unsere Kommunen, Firmen und andere Institutionen in Südwestfalen können auch in Zukunft Wirtschaftsfördermittel von der Europäischen Union erhalten. Nachdem es ein Rechenmodell gab, das unsere Region hätte komplett leer ausge-

hen lassen, ist dies erstmal eine positive Nachricht. So bewertet Peter Liese die Vorschläge der Europäischen Kommission zur zukünftigen Kohäsionspolitik.

Bericht Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa betrifft uns alle ganz konkret. Dafür soll der neue Liese Kurier wieder viele Beispiele bringen. Bitte Informieren Sie sich auch auf meiner Homepage www.peter-liese.de oder auf der Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese. Darüber hinaus besteht auch weiterhin die Möglichkeit meinen Newsletter per E-Mail zu abonnieren (Kontaktdaten siehe Rückseite).

Für Rückfragen und Anregungen stehen meine Mitarbeiter und ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der Lektüre.



Ihr
Peter Liese
Peter Liese

Krebs
In Europa soll in 20 Jahren niemand mehr an Krebs sterben

Seite 3

Handwerk
Nicht mit noch mehr Bürokratie belasten

Seite 4

Umwelt
Schärfere Regeln für KFZ-Zulassung

Seite 6

Reisezirkus beenden
Für Brüssel als alleinigen Standort des EU-Parlaments

Seite 7



Fortsetzung von Seite 1

Im EU-Parlament für die heimischen mittelständischen Landwirtschaftsbetriebe kämpfen

Belohnungssystem für mehr Umweltschutz

Wegen des EU-Austritts Großbritanniens geht ein wichtiger Nettozahler verloren. Auch gibt es neue Prioritäten wie Grenzsicherung und Fluchtursachenbekämpfung. Deshalb muss das künftige EU-Budget neu konzipiert werden. Die zukünftigen Agrarausgaben werden fast ein Drittel des EU-Budgets ausmachen. Die gute Nachricht ist, dass Südwestfalen von einer gezielteren Unterstützung, vor allem für kleine und mittlere landwirtschaftliche Familienunternehmen und Junglandwirte profitieren kann. Die Mitgliedsstaaten müssen ein höheres

Beihilfesystem pro Hektar, für kleine und mittlere Unternehmen sicherstellen. Mindestens 2 % der in jedem Mitgliedstaat gewährten Direktzahlungen werden speziell für Junglandwirte bereitgestellt.

Peter Liese begrüßt ausdrücklich auch den starken Fokus auf Umweltmaßnahmen in der Landwirtschaft. Die Direktzahlungen werden von erhöhten Umwelt- und Klimaanforderungen abhängig gemacht und jeder Mitgliedstaat muss sogenannte „Ökoprogramme“ anbieten, die mit einem Teil ihrer nationalen Di-

rektzahlungen finanziert werden, um die Landwirte dabei zu unterstützen, über die obligatorischen Anforderungen hinauszugehen.



Fortsetzung von Seite 1

EU-Fördermittel Kriterien überprüfen und für unsere Heimat sichern

Seit 2007 werden die Mittel in NRW im Wettbewerbsverfahren vergeben und alle Regionen, nicht wie früher nur das Ruhrgebiet, können profitieren. Wichtig waren die Mittel zum Beispiel für die Regionale 2013, wo 30 Milliarden Euro in Projekte vor Ort aus EU-Mitteln geflossen sind. Auch für die Regionale 2025 brauchen wir dringend europäische Unterstützung. Der Kommissionsvorschlag sieht für Deutschland und damit wahrscheinlich auch für Südwestfalen jedoch Kürzungen von etwa 20 % vor. Damit will sich Liese nicht zufriedengeben. Es ist klar, dass im europäischen Haushalt

gespart werden muss, weil durch den Brexit Geld fehlt und wir neue Prioritäten, wie zum Beispiel die Grenzsicherung



und die Bekämpfung von Fluchtursachen haben. Aber der Schlüssel, nach dem gespart wird, ist erklärungsbedürftig. Andere Länder kommen deutlich besser weg als Deutschland. Deshalb wird Peter Liese, in den nächsten Monaten bis zur endgültigen Verabschiedung der Vorschläge im Europäischen Parlament und Ministerrat energisch für unsere Region kämpfen.

Peter Liese und Jochen Ritter MdL, bei Besuch des Automotiv Center Südwestfalen (ACS) in Attendorn, einem wichtigen EU geförderten Projekt.

Forschungsprogramm der EU-Kommission große Chance für Südwestfalen

Die Europäische Kommission hat das bisher größte europäische Forschungsprogramm vorgeschlagen: Horizon Europe soll 100 Milliarden Euro für die Jahre 2021-2027 umfassen.

Forschung und Innovation sind unerlässlich um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch um viele gesellschaftliche Probleme zu lösen. In der Vergangenheit konnte unsere Region z.B. durch die Universität Siegen und das Fraunhofer Institut in Schmal-

enberg in hohem Maße vom europäischen Forschungsprogramm profitieren. Eine Erhöhung des Forschungsbudgets bedeutet also, dass wir mehr Geld in die Region bekommen können. Besonders ist zu begrüßen, dass sich die Europäische Kommission bei ihrem Vorschlag stärker als bisher an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert will. Es soll nicht nur technische Überschriften geben, sondern sogenannte Missionen, d.h., die Forschung soll einem Ziel dienen, das für die Gesellschaft wichtig ist. Forschungs-

kommissar Moedas erwähnte dabei unter anderem die Bekämpfung von Krebs.





EU-Parlament macht den Kampf gegen Krebs zur Priorität

Engagement besonders bei Kinderkrebs wichtig

Die größte Fraktion im Europäischen Parlament (EVP Christdemokraten) macht den Kampf gegen Krebs zu ihrer Priorität. Sie will ihren Beitrag dazu leisten, dass in 20 Jahren niemand mehr in Europa an dieser schrecklichen Krankheit sterben muss.

Viele Bereiche der Gesundheitspolitik, wie zum Beispiel die Organisation der Krankenhäuser oder die Frage welche Therapie wird finanziert, ist Aufgabe der Mitgliedstaaten. Aber Europa kann auch einen Beitrag leisten.

In einem Strategiepapier verpflichtet sich die größte Fraktion, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, um das Ziel zu erreichen. Bei der Erstellung des Papiers hatte Peter Liese auch mit Experten aus der Region, wie zum Beispiel dem Gründungsdekan der Lebenswissenschaftlichen Fakultät der Universität Siegen, Professor Jaap Verweij, zusammengearbeitet. Verweij gilt als einer der führenden Krebsforscher in Europa.

In dem Papier werden zwölf konkrete Punkte angesprochen. Das Budget der Europäischen Union für Krebsforschung soll von jetzt 200 Millionen pro Jahr auf 400 Millionen pro Jahr verdoppelt werden. Wichtig ist nach Ansicht der christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament auch eine zügige Umsetzung des Kommissionsvorschlags zur Bewertung von Gesundheitstechnologien. Dieser wird in Deutschland allerdings sehr kritisch diskutiert. Der Vorschlag der Kommission muss verbessert werden - die Grundsatzkritik, die in Berlin geäußert wurde, hält Peter Liese für nicht zielführend. Man könne durch europäische



Kooperation in diesem Bereich die Ressourcen effizienter nutzen und durch Zusammenarbeit der Europäischen Arzneimittelagentur mit der nationalen Organisation wie IQWiG können die Aktivitäten der pharmazeutischen Industrie in eine für den Patienten bessere Richtung gesteuert werden. Man brauche somit weniger sogenannte Me-too-Präparate, die keine Verbesserung für die Patienten bringen sondern stattdessen mehr wirkliche therapeutische Innovationen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Fraktion auf die Behandlung von Krebs bei Kindern. Die Europäische Kooperation ist bei der Erforschung und Bekämpfung von Krebs aus vielen Gründen wichtig- bei Kindern ist sie unverzichtbar. Glücklicherweise erkranken Kinder nicht sehr häufig an Krebs. Wenn es aber dann doch passiert, ist es ein besonders schlimmes Schicksal für die Familie. Aufgrund der niedrigen

Fallzahlen kann sinnvolle Forschung und spezialisierte Therapie nur mithilfe europäischer Kooperation gelingen.

Professor Angelika Eggert, Direktorin der Klinik für Pädiatrie m.S. Onkologie und Hämatologie von der Charité in Berlin ergänzte: „Durch geringe Aktivität der Pharmaindustrie im Gebiet kindlicher Krebserkrankungen sind wir umso mehr auf innovative akademische Forschung angewiesen, die von öffentlichen Geldgebern finanziert werden muss. Diese Gelder sind gut investiert, denn bei keiner Patientengruppe führt eine Heilung zu so vielen gewonnenen Lebensjahren. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und wir schulden es ihnen, möglichst viel in ihre Gesundheit zu investieren.“

Das Strategiepapier finden Sie unter www.peter-liese.de

Besorgniseregender Rückgang der Impfungen bei Kinder in Europa

Eltern die ihre Kinder nicht impfen lassen handeln unverantwortlich - Vermeidbare Todesfälle sind eine Tragödie

Das EU-Parlament hat eine Resolution gegen die Impfmüdigkeit in Europa verabschiedet. Dies war zwingend notwendig, da die Impfquote in Europa sinkt und sich in Folge dessen beispielsweise die Zahl der Masernfälle in der EU binnen eines Jahres verdreifacht haben. Leider sind über die Impfungen zu viele Fake-News im Umlauf. Die Menschen vermeiden Impfungen

im Glauben, dass diese gefährliche Nebenwirkungen haben, nicht sicher oder unwichtig sind. Dies ist natürlich Unsinn. Die Impfungen sind nicht nur absolut notwendig sondern auch sicher.

Peter Liese findet Eltern, die die empfohlenen Impfungen bei Kindern nicht durchführen lassen, handeln unverantwortlich.

Denn bestimmte Infektionskrankheiten treten wieder auf und daher gefährden sie die Kinder selbst und andere. Der Rückgang der Impfquote in Europa und 35 Menschen, die im vergangenen Jahr an den Masern gestorben sind, sind ein Tragödie. Hinzu kommen 21.000 Ansteckungen. Hier gilt es unbedingt gegenzusteuern.



Handwerk nicht mit noch mehr Bürokratie belasten

Protest der Handwerker zeigt Wirkung: Keine Tachographenpflicht - Elektriker und Bäcker nicht wie Spediteure behandeln



Gespräch bei der Kreishandwerkerschaft in Soest

Über 100 Handwerker in unserer Region haben sich zusammengeschlossen, um gegen unnötige Bürokratie zu kämpfen. Unter dem Motto „Handwerk macht mobil - nehmt uns nicht die Luft zum Atmen!“ wollen sie die Politik auf die Belastungen durch zu viele Regeln in Bund, Land und Europa aufmerksam machen und für Abhilfe sorgen. Das Bündnis kann nun einen ersten Erfolg erzielen.

In einem Gespräch mit Peter Liese, Prof. Patrick Sensburg MdB und Matthias Kerkhoff MdL prangerten die Handwerker Pläne von Abgeordneten des Europäischen Parlamentes an, die Tachographenpflicht, die bisher nur für LKW über 3,5 Tonnen gilt, auf kleine Fahrzeuge und damit auch auf das Handwerk auszuweiten. Peter Liese brachte das Anliegen gegenüber seinen zuständigen Kollegen im Verkehrsausschuss vor und reichte mit diesen einen Antrag ein, der das Problem aufgriff.

Gemeinsam hatten die heimischen Handwerker und der Europaabgeordnete Erfolg. Das Europäische Parlament hat beschlossen, dass Handwerker, die Material und Geräte zur Baustelle transportieren, von der Tachographenpflicht ebenso ausgenommen werden wie Handwerker, die Produkte zum Kunden transportieren, zum Beispiel Bäcker.

Wenn der Beschluss des EU-Parlamentes im weiteren Verfahren Bestand hat, gibt es sogar gegenüber der jetzigen Rechtslage Erleichterungen. Man dürfe einen Handwerker, dessen Tätigkeit nicht hauptsächlich im LKW-Fahren besteht, nicht mit einem Berufskraftfahrer gleichsetzen. Die Tachographenpflicht für Handwerker wäre übertriebene Bürokratie. Deswegen ist Liese froh, dass es gelungen ist, die Pläne abzuwenden. Das Beispiel zeigt, dass sich gezieltes Engagement lohnt. Bäckermeister Gerhard Frankenstein und Elektrotechnikmeister Frank Lefarth, beide Mitinitiatoren des Zusammenschlusses der Handwerker, bestätigen, dass diese Aktion ein Beispiel dafür sei, dass es sich lohnt aktiv zu werden und gemeinsam mit den Politikern an einer Lösung zu arbeiten. Immer nur alles kritisieren und in Frage stellen bringt uns nicht weiter. Nur gemeinsam können wir was erreichen.

Wer Baustellen sauber verlässt, wird nicht mit Bürokratie belästigt

EU-Institutionen einigen sich auf überarbeitete Abfallrichtlinie

Das EU-Parlament hat die Sorgen des heimischen Handwerks aufgenommen und klargestellt, dass Handwerker, die die Baustelle sauber verlassen nicht durch europäische Bürokratie belästigt werden. Für diese Aussage hatte sich Peter Liese im Anschluss an eine Einigung der EU-Institutionen über eine überarbeitete Abfallrichtlinie eingesetzt. Vertreter des Handwerks vor Ort, z.B. Peter Schuchart (Geschäftsführer des Maler- und Lackiererinnungsverband Westfalen) und Friedel Bauer (Kreishandwerkerschaft Hochsauerland) hatten im Gespräch mit Peter Liese die Sorge geäußert, dass durch eine vorgeschlagene Änderung der Europäischen Kommission zum Transport von Abfällen, eine bisher geltende unbürokratische Regelung in Deutschland unter Druck geraten könnte.

Bisher war es so geregelt, dass wer geringe Mengen sogenannten gefährlichen Abfalls, z.B. Farbreste mit Lösungsmitteln, ölhaltige Lappen oder FCKW-haltige Kältemittel aus gewarteten Klimaanlagen von einer Baustelle abtransportierte, in Deutschland nicht als Abfallentsorger gilt und deshalb nicht die dafür gelten-

den strengen Regeln einhalten muss. Man hat nun durchgesetzt, dass im endgültigen Text alles so bleibt wie bisher. Dies bedeutet, dass Deutschland seine pragmatische Regelung weiter umsetzen kann und darüber freut sich Peter Liese, der auch umweltpolitischer Sprecher der größten Fraktion im EU-Parlament (EVP - Christdemokraten) ist. Ziel der Überarbeitung der Richtlinie war, die Förderung der Kreislaufwirtschaft in der EU. In Zukunft soll das Ziel des Recyclings, im Gegensatz zur Deponierung und Verbrennung, euro-

paweit an erster Stelle stehen. Dadurch sollen Rohstoffe für die Zukunft gesichert werden. Vor allem soll auch das bei der Deponierung entstehende klimaschädliche Methan vermieden werden. Als großer Erfolg gilt, dass es jetzt einheitliche Berechnungsmethoden für die Recyclingziele gibt. Durch die Reform schützen wir Umwelt und Klima, erhalten Rohstoffe für nachfolgende Generationen und erhalten Arbeitsplätze, davon ist Peter Liese überzeugt.



Keine unnötige Bürokratie für Handwerker, wenn sie nicht mehr benötigte Materialien von der Baustelle abtransportieren.



Digitalisierung Chance für Wirtschaft in unserer Region

Falschinformationen über europäische Datenschutzgrundverordnung korrigieren

Antrittsbesuch beim neuen Präsidenten der IHK Arnsberg Andreas Rother

In seinem Unternehmen ahd in Ense, das seit 30 Jahren als Berater und Dienstleister bei IT- und Digitalisierungs-Themen für Unternehmen tätig ist, empfing der neugewählte Präsident der Industrie- und Handwerkskammer Arnsberg, Hellweg-Sauerland Andreas Rother, Peter Liese. Bei dem Gespräch ging es um Chancen und Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung in Unternehmen, die auch einen Wandel der Arbeitsabläufe mit sich bringt, aber auch neue Arbeitsplätze schafft.

Peter Liese freute sich, dass der neue IHK Präsident ein Experte im Bereich der Digitalisierung ist. Gerade im Mittelstand bestehen hier viele Ängste. Selbstverständlich ist die Digitalisierung auch mit Gefahren und Herausforderungen

verbunden, aber der Stier muss bei den Hörnern gepackt werden und die Probleme sind zu lösen. Denn die Digitalisierung bietet auch für die mittelständische Industrie in unserer Region viele Chancen. Bei dem Gespräch zwischen Liese und Rother ging es auch um die am 25. Mai inkraft getretene europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Bei mittelständischen Unternehmen in der Region besteht immer noch eine große Verunsicherung. Durch die Datenschutzgrundverordnung wurde das sehr niedrige Datenschutzniveau in anderen Ländern, auf das hohe deutsche Niveau angehoben. Das ist grundsätzlich eine gute Sache. An einigen Punkten konnte sich die CDU im EU-Parlament aber leider nicht durchsetzen und deswegen sieht

auch Peter Liese einige Aspekte kritisch. Allerdings sind viele Behauptungen, die über die neue Verordnung gemacht werden, schlicht falsch. Wer auch immer Handwerksbetrieben oder Einzelhändlern einredet, dass sie einen Datenschutzbeauftragten brauchen, nur weil mehr als insgesamt 10 Mitarbeiter an einer Kasse arbeiten, verbreitet Falschinformationen. Andreas Rother und Peter Liese vereinbarten, die Aufklärung über die Zusammenhänge noch einmal zu intensivieren.



Einbau von Thermostatventilen wird in Europa Pflicht

Gute Nachricht für heimische Hersteller



Jörg Blöming MdL, Heinz Eckard Beele (IMI Hydronic Engineering), Bürgermeister Dr. Thomas Schöne (Warstein), Franz-Werner Mestermann (Beilmann Haustechnik), Dr. Peter Liese, Georg Rump (Oventrop) und Dr. Sarah Brückner (EUUnited Valves, Europäischer Armaturenverband) freuen sich, dass der Einbau von Thermostatventilen in Zukunft in ganz Europa Pflicht wird.

Das EU-Parlament hat über eine Einigung zu der sogenannten Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie abgestimmt. Durch die neuen Regeln lassen sich erhebliche Mengen Heizenergie einsparen. Dies dient dem Klimaschutz und vor allem auch dem Geldbeutel. Diese Richtlinie ist für Südwestfalen positiv, denn viele heimische Unternehmen bieten Technologien und Dienstleistungen zum Energiesparen an.

Die Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten unter anderen langfristigen Renovierungsstrategien zu entwickeln. Die aktuelle Re-

novierungsrate in der EU beträgt derzeit nur rund 1 % pro Jahr. Bei Beibehaltung der derzeitigen Renovierungsquote würde es ungefähr 100 Jahre dauern, um einen emissionsarmen Gebäudebestand zu erhalten. Dabei sind Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich besonders kostengünstig. Derzeit werden 40 Prozent der Energie der EU in Gebäuden verbraucht.

Peter Liese freut sich besonders darüber, dass der Einbau von Thermostatventilen in Zukunft in ganz Europa Pflicht wird. Vier von zehn Heizungen in Europa sind noch mit Einfachventilen ausgestattet,

wodurch viel Energie verschwendet wird. Peter Liese hatte einen Antrag eingereicht, um die Austauschpflicht der veralteten Technologie zu fordern und diese Forderung ist jetzt beschlossene Sache.

Der Einbau von Thermostatventilen ist in Deutschland schon seit den 1970er Jahren Pflicht. In vielen anderen europäischen Ländern allerdings noch nicht. Durch den Beschluss, der nach und nach dazu führt, dass alle Einfachventile gegen Thermostatventile ausgetauscht werden ist eine Einsparung von sieben Prozent am Heizenergieverbrauch der europäischen Wohngebäude möglich. Dies entspricht ca. 30 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung, d.h. dem CO₂-Ausstoß von 15-20 Millionen Autos oder der Energieproduktion von ca. 25.000 modernen Windrädern. Der Einbau von Thermostatventilen rechnet sich außerdem in wenigen Monaten. Die beschlossene Austauschpflicht ist besonders gut für unsere Region, denn zwei der drei führenden Hersteller von Thermostatventilen sitzen in Südwestfalen, nämlich die Firma Oventrop in Olsberg und Brilon, sowie die Firma IMI Hydronic Engineering bekannt als Heimeier in Erwitte.



EU Kommission verklagt Deutschland wegen Luftschadstoffen

Zu hohe Stickoxid-Werte gesundheitsgefährdend aber Fahrverbote müssen vermieden werden

Kommission schläft bei Nachrüstung von Bussen

Die EU-Kommission hat beschlossen, Deutschland und fünf weitere Mitgliedsstaaten wegen zu hoher Luftverschmutzung vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. Dies hatte EU-Umweltkommissar Vella in einer Pressekonferenz angekündigt.

Peter Liese bedauert die Entscheidung sehr, da die Belastung durch NOx und andere Luftschadstoffe in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist. Allerdings ist sie noch zu hoch und wir haben deshalb ein echtes Gesundheitsproblem

in unseren Städten. Dieses Problem muss angepackt werden, jedoch Fahrverbote sind der falsche Weg.

Wegen Verstößen gegen das EU-Recht hatte die Kommission bereits 2015 ein Verfahren gegen Deutschland und weitere EU-Staaten eröffnet. Die Bundesregierung hatte darauf mit dem sogenannten „Sofortprogramm für saubere Luft“ geantwortet. Laut Kommissar Vella waren aber alle Maßnahmen, die die Mitgliedsstaaten vorgeschlagen hatten nicht ausreichend, um so schnell wie möglich die EU-Stan-

dards zu erfüllen. Deutschland muss jetzt weitergehende Lösungen finden und dazu muss die Autoindustrie einen größeren Beitrag leisten.

Eine wichtige Maßnahme ist aber auch die Nachrüstung von Bussen. Ein Bus verursacht durchschnittlich 150 Mal so viele Schadstoffe in Innenstädten wie ein PKW. Die Technik zur Nachrüstung ist vorhanden, aber es wird zu wenig getan, sie in der Praxis umzusetzen. Die Kommission hatte schon 2013 angekündigt, einen Leitfaden für Nachrüstung vorzulegen, der steht aber bis heute aus.

Dieselbusse kostengünstig nachrüsten hilft Umwelt und Kommunen

Mendener Unternehmen HJS Emission Technology GmbH & Co. KG stellt die Lösung her

Unsere Luft sauberer machen, Fahrverbote verhindern und gleichzeitig Arbeitsplätze in Südwestfalen schaffen! Dafür setzt sich Peter Liese ein. Dies machte Peter Liese noch mal bei einem Gespräch bei der Firma HJS Emission Technology GmbH & Co. KG in Menden ganz deutlich.

Das familiengeführte, mittelständische Unternehmen HJS Emission Technology GmbH & Co. KG verfügt über langjährige Kompetenz im Bereich der Abgasnachbehandlung. Rund 450 Mitarbeiter entwickeln, fertigen und vermarkten Systeme zur Reduzierung von Schadstoffemissionen. Weiterhin stellen sie Lösungen zur Nachrüstung von Nahverkehrsbussen, Staplern, Baummaschinen und vielen weiteren Anwendungen her. „Mit dem gleichen Geld, mit dem man zwei herkömmliche Busse durch Elektrobusse ersetzt, kann man hundert Busse mit unserer Technologie nachrüsten“, erläuterten Stefan Lefarth und Thomas Schwamborn von HJS.

Denn durch die Nachrüstung von Bussen kann ein wichtiger und vor allem schneller Beitrag geleistet werden, um die Einhaltung der Luftschadstoffwerte in den Kommunen zu erreichen. Peter Liese setzt sich seit langem für die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen ein und sieht darin auch ein Vorteil für Kommunen, die in finanzielle Schieflage geraten sind.



Peter Liese in einem Gespräch bei der Firma HJS Emission Technology GmbH & Co. KG in Menden.

CO₂-Grenzwerte für LKW vorgeschlagen

Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, ohne einzelne Autofahrer über Gebühr zu belasten, müssen wir technische Neuerungen schneller in den Markt bringen

Die EU-Kommission hat einen Gesetzesvorschlag zur Absenkung der CO₂-Emissionen von LKW gemacht. Bis 2025 sollen 15 % weniger Emissionen emittiert werden, bis 2030 30 % weniger. Sie liegt damit in der gleichen Größenordnung wie die vorgeschlagenen Ziele für PKW.

Es ist eine gute Grundlage für die Diskussion. Wenn die Pariser Klimaziele erreicht werden sollen, ohne den einzelnen Autofahrer zusätzlich zu belasten, müssen technische Innovationen schnell in den

Markt gebracht werden. Peter Liese weist aber auch darauf hin, dass das deutsche Klimaziel von 55 % bis 2030 sehr ambitioniert ist. Ohne europäische Vorgaben wie die für LKW's, ist das nicht zu erreichen. Kritisch sieht Peter Liese, dass die Europäische Kommission als Basis für die Berechnung die Emissionen im Jahr 2019 nimmt. Dies kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass Hersteller die Emissionen im Jahr 2019 künstlich hochtreiben, um nicht so scharfe Vorgaben zu bekommen. Dies wäre für die Umwelt kontraproduktiv.



EU beschließt schärfere Regeln für Kfz-Marktzulassung

Wichtiger Schritt zum Schutz der Umwelt und der Sicherheit der Autofahrer

Die EU-Institutionen ziehen drastische Konsequenzen aus dem Abgas-Skandal. Ein neues Marktüberwachungssystem war aus diesem Grund dringend notwendig geworden: denn, ist ein Auto in einem Mitgliedstaat genehmigt, hat es in der ganzen EU freie Fahrt.

Nach den bisherigen Regelungen sind allein die nationalen Behörden für die Bescheinigung zuständig, dass ein Fahrzeug alle Anforderungen erfüllt, um auf den Markt gebracht zu werden. Jetzt kann die Kommission den Mitgliedsstaaten bei ihrer Kontrollarbeit auf die Finger schauen.

Bei der Typprüfung wird untersucht, ob alle EU-Bestimmungen für neue Modelle erfüllt sind. Bei der Kfz-Marktzulassung geht es nicht nur um die Abgas- und Verbrauchsmessung, sondern vor allem auch um Vorschriften zur Fahrzeugsicherheit. Deshalb ist die neue Richtlinie ein wichtiger Schritt zum Schutz der Umwelt und der Sicherheit der Autofahrer. Die Verordnung wird ab dem 1. September 2020 gelten.

Durch die neuen Regelungen werden die europäischen Strukturen der Typen genehmigung und der Marktüberwachung

ausgebaut. Jeder Mitgliedstaat muss eine jährliche Mindestanzahl an Kontrollen bei Fahrzeugen durchführen. Mindestens 20 % dieser Kontrollen prüfen die Abgase der Autos, wobei die Emissionen unter realen Fahrbedingungen zu überprüfen sind.



Reisezirkus beenden

Steuergelder sparen und das Pendeln zwischen Straßburg und Brüssel abschaffen



Peter Liese ist begeistert über die Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem österreichischem Bundeskanzler Sebastian Kurz, die Arbeiten des Europäischen Parlamentes in Zukunft auf ei-

nen Sitz in Brüssel zu konzentrieren. Dies hatten Merkel und Kurz bei den Studientagen der christdemokratischen Fraktion, die die größte Kraft im Europäischen Parlament ist, Mitte Juni in München verkündet. Peter Liese setzt sich langem dafür ein, den Wanderzirkus des Europäischen Parlamentes zu beenden. Die Kosten für die Pendelei betragen bis zu 200 Millionen Euro pro Jahr und es werden 11 000 bis 19 000 Tonnen CO₂ produziert.

In einer Zeit in der in Europa überall gespart werden muss, ist dies nicht mehr

zu verantworten. Liese rechnet mit einer schwierigen Diskussion, da der Sitz des Europäischen Parlamentes nur einstimmig aufgegeben werden kann. Es werden gute Argumente gebraucht und man muss auch ein überzeugendes Angebot machen wie der Verlust für die Stadt Straßburg kompensiert werden kann, weil eben ohne Zustimmung Frankreichs keine Änderung möglich ist. Aber wenn man nur einen Teil des eingesparten Geldes für die Ersatzlösung ausgibt, ist es unterm Strich für den Steuerzahler immer noch besser.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Spaghetti aglio e olio mit Garnelen“

aus Italien



ZUTATEN für 4 Personen:

- 8 Riesengarnelen
- 500 g Spaghetti, Salz
- 3 Scheiben Ingwer
- 2 getrocknete rote Chilischoten
- 1 Lorbeerblatt
- 3 Knoblauchzehen in Scheiben geschnitten
- 1 Prise milde Chiliflocken
- 1-2 EL frisch geschnittene Petersilie
- 4 EL Olivenöl
- ¼ ausgekratzte Vanilleschote
- ½ - 1 TL unbehandelten Zitronen- und Orangenabrieb
- Petersilienblätter zum Garnieren

Die Riesengarnelen schälen, den Darm entfernen und längs halbieren. Die Spaghetti in Salzwasser mit 3 Scheiben Ingwer, Chili und Lorbeerblatt 2 Minuten kürzer, als auf der Packung angegeben, kochen, auf ein Sieb abgießen und kurz abtropfen lassen. Die Gewürze entfernen.

Die Gemüsebrühe mit Knoblauch, Ingwer, Chiliflocken und der Petersilie im Topf erhitzen, die Nudeln darin 1 Minute kochen lassen, bis die Flüssigkeit fast aufgesaugt ist. Den Topf vom Herd nehmen und 2 EL Olivenöl hinein rühren. Die Garnelen in einer Pfanne bei mittlerer Hitze in 1 bis 2 TL Olivenöl zu-

erst auf der Hauptseite etwa 1 Minute anbraten, bis sie beginnen, sich einzurollen. Die Garnelen dann wenden, die Pfanne vom Herd nehmen und die Garnelen in der Nachhitze der Pfanne in einer weiteren Minute saftig durchziehen lassen. Anschließend 1 EL Olivenöl mit der Vanilleschote dazu geben, mit Chilisal, Zitronen- und Orangenabrieb würzen und die Garnelen darin wenden. Die Vanilleschote später entfernen.

Die Nudeln in warme Pastateller verteilen und die Garnelen darauf anrichten. Mit Petersilienblättern garnieren.



Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag

Investition in die Zukunft der EU / Jugendliche sollen Europa erleben

Lange hatte sich die christdemokratische Fraktion im Europaparlament schon für das Interrail-Ticket als Geburtstagsgeschenk für 18-jährige EU-Bürger gewünscht und jetzt ebnet die Kommission den Weg.

EU-Kommissar Günther Oettinger hat die Haushaltspläne der EU für den Zeitraum 2021 bis Ende 2027 vorgestellt. Unter anderem will die EU im neuen Haushalt mehr als das Doppelte für Jugendprogramme ausgeben. 700 Mio. EUR sollen

zur Bereitstellung des Interrailtickets 2021-2027 ausgegeben werden.

Wir müssen aber nicht bis 2021 auf das Ticket warten, schon in diesem Jahr startet ein Pilotprojekt, dessen Finanzierung schon in trockenen Tüchern ist. Mit dem Interrail-Ticket kann ganz Europa mit dem Zug bereist werden. Das Ticket wird besonders von jungen Menschen genutzt und soll dieses Jahr 20.000-30.000 18-Jährigen zur Verfügung stehen. Interessierte können sich ab Juni für ein Ticket



1983 reiste Peter Liese selber mit seiner Schwester, einem Freund und einer Freundin für drei Wochen mit dem Interrail-Ticket.

bewerben, die Kommission arbeitet derzeit noch am Auswahlverfahren.

Als junger Erwachsener hatte Peter Liese selber die Möglichkeit genutzt, Europa mit dem Interrail-Ticket zu entdecken. Junge Menschen sollen mit dem Ticket die Schönheit und die Vielfalt Europas und seiner Menschen entdecken. Die Möglichkeiten der Jugend in Europa sind heute nahezu unbegrenzt. Viele Errungenschaften Europas werden jedoch als selbstverständlich angesehen. Insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden Europaskepsis in vielen Mitgliedstaaten, muss dringend gehandelt werden.

Kurzer Film über Peter Liese

Anhand von konkreten Beispielen aus der Region wird gezeigt, wie sich europäische Entscheidungen auf unsere Region auswirken



Peter Liese und Mario Bürger bei Filmaufnahmen bei der Firma Mendener MPG.

Um Interesse für Europa und seine Arbeit in Südwestfalen und im EU-Parlament zu wecken, hat Peter Liese einen informativen Film zusammen mit Mario Bürger (FeelMing), einem jungen Filmemacher aus Südwestfalen erstellt, der auf YouTube unter

<https://youtu.be/WgJXBjt4EsE>

zu finden ist.

Gewinnspiel! SUDOKU

1				5				6
	3							2
		9	7				3	
4			9		3			1
	5			2				
			5	7	6			9
		3				1		
	2							5
7					9			8

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:



Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. November 2018** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

Europabüro für Südwestfalen
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den richtigen Einsendungen verlost Peter Liese

10 LED-Taschenlampen

Viel Glück!

Für die Durchführung des Gewinnspiels und der Gewinnermittlung ist die Angabe von persönlichen Daten wie Name, Vorname und Adresse erforderlich. Die Datenerhebung basiert auf Art. 6 bzw. Art. 7 DSGVO. Zur Teilnahme am Gewinnspiel ist es unbedingt erforderlich, dass sämtliche Angaben der Wahrheit entsprechen und die Daten vollständig sind. Die bereitgestellten Daten der Gewinner werden zum Zwecke der Auslosung verwendet. Sie haben das Recht unentgeltlich Auskunft zu erhalten, welche Daten über Sie gespeichert sind und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt. Zusätzlich haben Sie das Recht auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung und dem neuen BDSG. Hinweis: Ein Löschen oder ein Widerspruch bzw. eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten kann zur Folge haben, dass Sie am Gewinnspiel nicht teilnehmen können.



Impressum: Europabüro für Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede, Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27,

E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, pixelio.de, Fotolia.de